

An die Mitglieder des Rates der SG Amelinghausen
per email

Gemeinsames Schreiben der Baum-des Jahres Dr. Silvius Wodarz Stiftung, Hebrok Stiftung
- NaturCampus Bockum und der BI Gegenwind Genug ist Genug

31.05.2025

Sehr geehrte Ratsmitglieder unserer Samtgemeinde Amelinghausen,

seit der Novellierung des Bundesbaugesetzes mit Einführung des § 245e
(Gemeindeöffnungsklausel) am 14.01.2024 ist in unserer Samtgemeinde und im Landkreis
sehr schnell und sehr viel geschehen.

Schon das RROP sah eine Belastung unseres Landkreises mit 4% seiner Fläche mit
Flächen für Windenergieanlagen vor. Das ist vergleichsweise sehr viel, denn für
Niedersachsen gilt gemäß § 3 Abs. 1 WindBG ein bis 31.12.2027 zu erreichender
Flächenbeitragswert von mindestens 1,7 % der Landesfläche als Zwischenziel, sowie ein bis
31.12.2032 zu erreichender Flächenbeitragswert von mindestens 2,2 % der Landesfläche.
Durch diese Regelung wird klar, dass einzelne Landkreise überproportional und andere (fast)
gar nicht belastet werden.

Durch die Gemeindeöffnungsklausel des BBau Gesetzes wurden plötzlich Planungen auch
außerhalb der vom RROP vorgesehenen Vorrangflächen ermöglicht. Dies hat dazu geführt,
dass Flächen für Windkraft über das Ziel von 4 % hinaus ausgewiesen werden können.
Sicherlich sind dies Investitionen aus der Region, die Gemeinden profitieren von der
Pflichtabgabe durch die Anlagenbetreiber. Man rechnet im Allgemeinen mit 30 Tsd € pro
Jahr und Windrad. Dies aber nur, wenn der Wind durchgängig weht, was er wegen des
fortschreitenden Klimawandel schon jetzt nicht mehr tut. (bis Minus 31%! im 1. Quartal 2025)

Die Pflichtabgabe ist jedoch zweckgebunden. Die Mittel dürfen nur in freiwillige Aufgaben
fließen, Pflichtaufgaben sind davon ausgenommen. Sanieren kann die Gemeinde ihren
Haushalt mit diesen Geldern nicht. Letztlich profitieren also insbesondere die
Flächeneigentümer von der hohen Anzahl an Windrädern.

<https://www.landundforst.de/betrieb/pachtpreise-explodieren-windkraft-standorten-570273#:~:text=Windkraft:%20Pachtpreise%20f%C3%BCr%20Grundst%C3%BCcke%20schie%C3%9Fen%20in%20die%20H%C3%B6he&text=Bisher%20wurden%20in%20der%20Regel,von%2020%20bis%2025%20Jahren.>

Vgl. hierzu LZ vom 25.04.2025 und Leserbrief vom 9.5.2025

Die Entwicklungen in der Ausweisung von Flächen hat mit der Gemeindeöffnungsklausel eine Dynamik angenommen, die wenig Spielraum für eine partizipative Beteiligung der Einwohner sowie für ein umfassendes Abwägen der Verhältnismäßigkeit zulässt. Auch gibt es kaum Zeit, nachhaltige Konzepte in der Region zu entwickeln, die z.B. Kooperationen von Erzeugern und Abnehmern ermöglichen. Dies würde zu einer sinnvollen Nutzung des Stromes in der Region führen sowie wertvolle natürliche und finanzielle Ressourcen sparen.

Was geschah also in den letzten zwölf Monaten? Als Überblick haben wir die Dynamik anhand der Artikel der Landeszeitung einmal nachgehalten und beginnen im Sommer 2024.

- LZ vom 21. Juni 2024

Rehlingen will mehr Windräder

Über 20 zusätzliche Windräder stellen sich Planer und Bürgermeister im Gemeindegebiet vor.

Nur hat niemand die Bürger am Prozess wirklich beteiligt! Es blieb ja auch kaum Zeit, denn bereits am

- 19. Oktober 2024 berichtete die LZ:

Rehlingen stimmt weiteren Windparks zu

Aus knapp über 20 Anlagen waren in der kurzen Zeit mehr als 30 mögliche Anlagen geworden. Einen Gesamtüberblick gab es erst, nachdem die Samtgemeinde alle Flächen ihrer Gemeinden zusammengeführt hat. Die Einzelentscheidungen fielen zuvor in mehreren Sitzungen recht unauffällig und ohne nennenswerten Widerspruch.

- LZ vom 25. November 2024

Windenergie ganz undramatisch

Hier geht es um eine Planungsfläche der Gemeinde Amelinghausen, die weit entfernt vom Ortskern, im Osten, nahe der Grenze zu Betzendorf und Diersbüttel und außerhalb der Hauptwindrichtung keinen Widerspruch im Gemeinderat findet, obwohl sie sich in Konkurrenz zur Ausweitung der Windkraftflächen in Tellmer befindet.

- LZ vom 16. Januar 2025

Mehr Markt oder mehr Sicherheit

Das bisherige Fördersystem stößt an seine Grenzen.

Im Jahr 2024 sind Photovoltaikanlagen mit 17 Gigawatt hinzugekommen, weit mehr als geplant.

Anteil der erneuerbaren an der öffentlichen Stromversorgung steigt auf 2/3. ... 18,5 Milliarden Euro an Vergütungen bezahlt... negative Strompreise über 450 Stunden...

Aufgrund des raschen Ausbaus erneuerbarer Energien ohne Berücksichtigung von realen Abnahmemöglichkeiten und des unzureichenden Netzausbaus sind immer höhere Zuzahlungen erfolgt, die auch garantiert sind, wenn der Wind nicht weht oder Windkraft wegen einer zu hohen Einspeisung durch Photovoltaik abgeschaltet werden muss. Defizite in der Bilanz und überhöhte Strompreise tragen in jedem Fall die Steuerzahler.

- 4. Februar 2025 in Oerzen

Wahlversammlung der „Die Grünen“

In Oerzen traten im Wahlkampf Dr. Julia Verlinden und Umweltminister Meyer vor rund 100 Bürgerinnen und Bürger auf.

Aus Amelinghausen nahmen Dr. Susanne Eich (Hebrok Stiftung / NaturCampus Bockum), Förster Detlef Heinrichs (Soderstorf) und BdJ Präsident Stefan Meier (Rehlingen) teil. Auf Nachfrage von Stefan Meier wird überraschend klar, dass beide Politiker sich nicht im Klaren darüber sind, dass das 4%ige Flächenziel im Lkrs. Lüneburg nicht die maximale Obergrenze der Fläche für Windenergieanlagen ist, sondern durch die Gemeindeöffnungsklausel weit übertroffen werden kann und offenbar auch wird, sofern alle Anlagen genehmigt werden.

- LZ vom 5. Februar 2025

Olaf Lies im Gegenwind

Wirtschaftsminister Olaf Lies, jetzt neuer MP Niedersachsen, stellte sich in Salzhausen der Kritik und...

...gestand „dass das Land auf eine solche Ungleichverteilung nicht vorbereitet war“ ... „ein Problem, was wir nicht berücksichtigt haben“.

Er „spüre eine Akzeptanz der Windkraft gegenüber, die jetzt verständlicherweise an eine Grenze stößt“.

Landrat Rainer Rempe, Lkrs. Harburg dazu:

„Wenn am Ende bei einer Kommune ein Wert steht, mit dem wir uns überfordert fühlen, ist das Land gefordert, diesen Wert runterzuregeln“.

- LZ vom 21. Februar 2025

Ordentlich Gegenwind für Windkraftpläne im Kreis

„Keine Windkraft im Wald“ fordern Bürgerinitiativen“ und starten Online Petitionen.

Der betroffenen Waldstandorte im Gemeindegebiet sind i.d.R. landschaftstypische Mischwälder mit Kiefer, Fichte und Eiche im Oberstand, sowie einer Laubholz Mischung im Unterstand.

Bereits der Hegering hat auf die Bedeutung von Waldflächen hingewiesen. Sie sind die einzige natürliche CO₂-Senke und tragen aktiv zur Minderung der Klimakrise bei. Darüber hinaus handelt es sich bei Teilen der Flächen um Historisch alte Waldstandorte und Waldböden, die gem. Vorgabe des Nds. Landesamtes für Bergbau, Energie und Geologie, LEBEG, besonderen Schutz genießen. Nicht nur laut der Norddeutschen Naturschutzakademie haben solche Standorte eine besonders hohe ökologische und bodenkundliche Wertigkeit.

Historisch alte Waldstandorte definieren sich nicht, wie manche meinen, über alte (Laub-)bäume, sondern über die Waldböden, sofern diese unverändert sind. Dies ist gerade im Privatwäldern häufig der Fall, denn zu Beginn der Wiederaufforstung nach der

Heidewirtschaft wurde auf den staatlichen Flächen tiefgepflügt, die privaten Flächen meistens nicht.

Den Unterschied kann man heute leicht noch erkennen, denn die Spuren des Tiefpflügens sind auch heute noch deutlich durch Wälle im Wald sichtbar. Wenn keine Wälle sichtbar sind, wurde auch nicht gepflügt.

Für die Erschließung und Errichtung von z.B. 10 Windenergieanlagen, wie etwa in Ehlbeck Süd geplant, sind mindestens 60 ha Rodung von Waldflächen notwendig. Da die Waldstandorte im bäuerlichen Privatwald i.d.R. wenig erschlossen sind, kann der tatsächliche Flächenverbrauch durch Zuwegungen und Baustellen noch deutlich höher ausfallen.

Durch eine Rodung dieser Größe wird eine gespeicherte Menge von bis zu 18.000! Tonnen CO₂ freigesetzt. Die zusätzlich anfallenden CO₂-Emissionen aus der Herstellung und Errichtung der (10) Windenergieanlagen betragen ca. 12.500 Tonnen CO₂. Unberücksichtigt hierbei sind die Emissionen aus Transport, Konstruktion und Betrieb des Maschinenparks.

Zusammengefasst: Wald zugunsten von Flächen für Windenergieanlagen zu opfern, ist ökologisch nicht zu begründen und ist auch nicht klimaschonend.

Aktuell gibt es vor dem Hintergrund zunehmender Dunkel- und Hellflauten einen Richtungs-wechsel in der Diskussion um die Verfügbarkeit erneuerbarer Energien.

• LZ vom 4. März 2025

Land stellt früheren Kohleausstieg infrage

Laut Olaf Lies (SPD) „... fehlen in Deutschland bislang Kraftwerke, die in Zeiten ohne erneuerbare Energien die Grundlast sichern können“

...“werden länger auf Kohlekraftwerke zurückgreifen müssen ...“

Er erhält dabei Unterstützung von der CDU:

Sebastian Lechner (CDU): „... sehenden Auges in die Energiekrise gelaufen, auf Kosten der Menschen und der Wirtschaft“

• LZ vom 25. April 2025

Weniger Ökostrom im ersten Quartal...

...meldete der Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft.

Die „... Windstromproduktion sank im ersten Quartal 2025 um 31 % zur See und um 22% an Land ... Solarstromerzeugung steigerte sich dagegen um 32 Prozent ...“

Hiermit zeigte sich ein Trend, der schon im Herbst 2024 mit Dunkelflauten begonnen hatte und sich dann im 2. Quartal 2025 fortsetzte.

Ein Leserbrief in der

- LZ vom 9. Mai 2025 gibt die Antwort:

Häufigere Schwachwindphasen

Das Karlsruher Institut für Technologie (KIT) hatte es schon früh vorhergesagt: Im Klimawandel weht in Norddeutschland einfach weniger Wind!

Und wie „Forschung und Wissen“ mitteilt, ist gerade in Norddeutschland zukünftig mit deutlich geringeren Windgeschwindigkeiten und häufigeren Schwachwindphasen zu rechnen.

Für Investoren und deren Partner wird das wirtschaftliche Risiko dadurch deutlich erhöht. Denn nach der kürzlichen Novellierung des EEG wird nur noch gezahlt, was eingespeist wird.

Wer zahlt eigentlich für den Rückbau von WEA, wenn der Investor Konkurs geht?

- LZ vom 15. Mai 2025

Wie viele Windräder sind genug?

Kritisiert werden Anlagen im Wald

Die Neetzer BI trifft sich mit Josef Blankenburg, Kreistagsvorsitzender Brigitta Merz, Prof. Dr. Hinrich Bonin und Uwe Hinners (alle SPD) und weisen nachdrücklich auf die Bedeutung des Waldes für Mensch und Natur hin. Windkraft im Wald ist Wahnsinn, so sind sich die Teilnehmer einig. Bodenzerstörung, Erosion, fehlende Wasseraufnahme, Windanfälligkeit, Hitze-Inseln, Austrocknung und erhöhte Brandgefahr wären die Folgen.

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/osnabrueck_emsland/Erhoehte-Brandgefahr-NABU-warnt-vor-Windraedern-im-Wald,aktuell-osnabrueck12754.html

Gerade in der trockenen Lüneburger Heide mit ihren meist durch Kiefer geprägten Wäldern sind Windenergieanlagen im Wald eine reale Gefahr für die Sicherheit. Wenngleich auch selten, aber Brände in WEA sind nicht zu löschen, die Gefahr von Waldbränden ist sehr real.

https://www.ndr.de/nachrichten/niedersachsen/oldenburg_ostfriesland/Windrad-in-Bremervoerde-faengt-Feuer-Fluegel-abgebrochen,aktuell-oldenburg18774.html

Windenergieanlagen gehören auch aus diesen Gründen nicht in den Wald.

- LZ vom 16. Mai 2025

Niedersachsen spart so viel CO² ein wie noch nie ...Anteil erneuerbarer Energien steigt...

Insgesamt wurden in Niedersachsen 67,05 Terawattstunden (TWh) Strom produziert, davon 52,02 TWh aus Wind Sonne und Biogas. ...

Insgesamt wurden 50,87 TWh verbraucht und 16,2 TWh in andere Bundesländer exportiert.

Niedersachsen ist also jetzt schon „Nettozahler“ in Sachen „erneuerbare Energien“.

Warum also in Niedersachsen noch so übermäßig in Windkraft investiert wird, erschließt sich nicht, denn dahinter steht immer ein immenser Ressourcenverbrauch, der zu Lasten von Umwelt und Natur nicht nur in Deutschland geht.

- LZ vom 17. Mai 2025

Windparkpläne abgelehnt

Der Rat Neu Darchau folgt mit seiner Entscheidung ... dem Willen der Bevölkerung ..

SPD Sprecherin Gaby Mischke: „...wenn die Bevölkerung das überwiegend nicht möchte, sollten wir das auch nicht machen“

Reinhold Siebolds (Grüne): ... das angedachte Gebiet ist nicht geeignet. Wir stimmen dagegen...

Joachim Steinkopf (Bürgerliste): „... diese Giganten zerstören das Gebiet“

Holger Hildebrandt (CDU): „Es gibt Alternativen wie Photovoltaik... die Windkraftriesen sind für unser Gebiet nicht gut“

- LZ vom 17. Mai 2025

Wie einst bei der Titanic

Thilo Clavin (Nabu): Es geht nicht darum, die Energiewende zu verhindern, sondern ... naturverträglich, konfliktarm und angemessen zu gestalten.

Bernd Stilke (BUND): ... einen solchen Eingriff in unsere Wälder zu beschließen, halten wir für nicht akzeptabel

Kreistagsabgeordneter Prof. Dr. Bonin (SPD): ... mir kommt die Windkraft wie einst der Hype um die Titanic vor. Diese sei auch mit neuester Technik fröhlich auf den Eisberg zugefahren.

Die aktuelle Bundesregierung greift die Diskussionen der letzten Jahre und Monate auf:

- LZ vom 20. Mai 2025

Bundesministerin Reiche plant Kraftakt beim Bau von neuen (Gas-) Kraftwerken

Das BM für Wirtschaft plant den schnellen Zubau von Gaskraftwerken mit einer Gesamtleistung von 20 GigaWatt (*entsprechend der Leistung von etwa zwei Dutzend Atomkraftwerken*) ist zu lesen.

Vergl: LZ vom 4. März 2025, Lies über Weiternutzung von Kohlekraftwerken.

Diese Kraftwerke benötigen wir, damit sie einspringen, wenn kein Wind weht und die Sonne nicht scheint. Denn für die Alternative Batteriespeicher in der notwendigen Größenordnung würden viele Quadratkilometer Platz benötigt (etwa in der Größe einer mittelgroßen Stadt wie Heidelberg) und diese Speicher stellen darüber hinaus einen unvorstellbar großen Ressourcenverbrauch dar. Von den Umweltzerstörungen durch Lithium Bergbau gar nicht zu sprechen. Die Kosten sind enorm. Das Ministerium schätzt sie auf 17 Milliarden Euro für Bau und Betrieb. Auch diese Kosten trägt der Steuerzahler. Eine neue Umlage von 0,5 Cent/ Kilowattstunde ist geplant.

Dies zeigt die Dynamik, die seit Juni 2024 entstanden ist.

Daher bitten wir Sie als Ratsmitglieder um ein sorgsames Abwägen aller Interessen und Fakten unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit. Sie sind gewählt, die Interessen aller Bürgerinnen und Bürger unseres Gemeinwesens zu vertreten. Dass die Samtgemeinde mit ihren fünf Gemeinden aufgrund ihrer Strukturen eine besondere Verantwortung wahrzunehmen hat, sehen wir nicht. Die Verantwortung für einen nachhaltigen Lebensstil liegt bei allen Bürgern im Land. Partizipation heißt, Rücksicht auch auf die Interessen der Bürger vor Ort zu nehmen, und eine lebenswerte Region zu erhalten. Zudem ist die wirtschaftliche Vielfalt in der Region zu berücksichtigen. Tourismus, Gesundheit und Erholung, die Schaffung neuer Wohngebiete, die Ansiedlung neuer und der Erhalt vorhandener wirtschaftlicher Strukturen gehören dazu. Schließlich fließen auch diesbezüglich zahlreiche Fördermittel in die Schaffung lebenswerter Strukturen im ländlichen Raum.

Wir wünschen uns, dass:

- nicht mehr Flächen für WEA genehmigt werden, als im RROP vorgegeben sind. 4% sind schon mehr als genug.
- die Standorte von neuen Windparks nicht in der Hauptwindrichtung, also im Süd-Westen von Ortslagen liegen. Nur so wird andauernde Lärmbelästigung vermieden.
- neue Windparke grundsätzlich so weit wie möglich von Ansiedlungen entfernt bleiben.
- die optische Umzingelung von Ortslagen durch Ausweitung von Windparks vermieden wird.
- Waldflächen kein Standort für Windenergieanlagen werden, denn Wald ist in vielerlei Hinsicht unsere wichtigste Lebensgrundlage.
- Windenergieanlagen und deren Erschließung in keinem Fall geschützte Landschaftsbestandteile wie Naturschutz-, FFH und Natura 2000 Gebiete beeinträchtigen. Häufig sind solche Flächen entlang der Gewässersysteme unserer Heideflüsse und Bäche wie der Luhe, der Schwinde, des Ham - Baches (Riete) sowie von Lopau und Ehlbeck zu finden.
- auch in Landschaftsschutzgebieten keine WEA gebaut werden. Dies würde den Sinn des Landschaftsschutzes untergraben.

Tourismus und das Naturerlebnis in der Lüneburger Heide lebt vom Landschaftsbild und der „freien“ Sicht, die das Auge „schweifen“ lässt. Unsere Region „lebt“ vor allem vom Tourismus und der Land- und Forstwirtschaft.

Vielen Dank für Ihre Mühe, Geduld und beste Grüße

Stefan Meier
Präsident
Baum des Jahres
Dr. Silvius Wodarz Stiftung

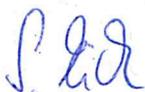


Bockum 3
21385 Rehlingen

Bernd Weidmann
Vorsitzender
BI GEGENWIND
Genug ist Genug
21388 Soderstorf



Dr. Susanne Eich
Leiterin
Naturcampus Bockum
der Hebrok Stiftung



Bockum 4
21385 Rehlingen